



Interviews

Datum: 7. Oktober 2022

Luise Amtsberg, B90/ Die Grünen, Menschenrechtsbeauftragte im Gespräch mit Jasper Barenberg

Sandra Schulz: Wie ist die Haltung der deutschen Bundesregierung zum Iran, zu den Protesten, darüber konnte ich vorhin mit Luise Amtsberg sprechen, Grünenpolitikerin und Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung. Als erstes habe ich Sie gefragt angesichts der Gewalt der Sicherheitsbehörden, wie düster das Bild ist, das sie sieht, wenn sie in den Iran schaut.

Luise Amtsberg: Erst einmal muss man, glaube ich, jetzt nach so vielen Tagen vehementen Protests im Iran erst mal großen Respekt vor dem Mut der vielen Frauen, aber auch Männer kundtun, die den Protest auf die Straße tragen. Er nimmt nicht ab, das ist, glaube ich, erst mal festzuhalten. Und was man eben auch sieht – und das ist, glaube ich, wirklich wichtig zur Einschätzung der derzeitigen Lage –, dass die Proteste eine sehr große gesellschaftliche und auch regionale Spannbreite haben, dass sie eben nicht auf einzelne Themen beschränkt sind, sondern sich wirklich gegen die grundsätzliche Ausrichtung der Islamischen Republik richten, gegen die Verletzung von Minderheitenrechten, und dass die derzeitige Lage natürlich auch noch mal zeigt, wie dramatisch die Menschenrechtssituation im Iran ganz grundsätzlich ist, dass die Menschen eben auch gegen die massiven Einschränkungen der Frauenrechte, gegen die Verletzung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit auf die Straße gehen.

Schulz: Ja, im Moment antwortet das Regime ja mit massiver Gewalt. Was macht es da mit Ihnen, was macht es mit der Menschenrechtsbeauftragten, dass sich die westliche Solidarität da doch in engen Grenzen hält?

Amtsberg: Ich glaube, die westliche Solidarität, wenn man es so nennen möchte, die ist groß – nicht zuletzt auch aufgrund des hohen Engagements, das wahnsinnig wichtig ist auch für die politische Auseinandersetzung hierzulande, durch die Exil-Gesellschaft, die iranische Exil-Gesellschaft, die vielen Iranerinnen und Iraner, die in Europa, in Deutschland leben. Und dieser Protest und auch die Solidarisierung mit den Menschen vor Ort, die ja für fundamentale Menschenrechte kämpfen, ist auch in der Bundesregierung ungebrochen groß. Aber in der Tat gibt es natürlich auf diplomatischem Wege und bei der Frage, wie können wir auch deren Rechte durchsetzen und die Proteste unterstützen, Grenzen. Allerdings muss ich auch sagen, die internationale Gemeinschaft, aber auch Europa haben sich klar geäußert, haben

das iranische Regime kritisiert und auch deutlich gemacht, dass diese fundamentalen Rechte jetzt einzuhalten sind und dass die massive Niederschlagung der Proteste in keinem Fall akzeptabel ist.

Schulz: Haben Sie denn bisher Anhaltspunkte dafür, dass das, was Sie sich klar geäußert nennen, dass das in irgendeiner Form Eindruck macht auf Teheran?

Amtsberg: Na ja, wir haben es natürlich mit einem Regime zu tun, das seit Jahren massiv Menschenrechte verletzt, da geht es ja wirklich nicht nur um die Frage der Meinungs- und Presse- und Versammlungsfreiheit, es geht um Willkür, es geht um die Todesstrafe, außergerichtliche Hinrichtungen, Folter, Verschwinden lassen und systemische Straflosigkeit. Also, wir haben in der Vergangenheit – Iran gehört ja zu den Ländern mit den meisten Sanktionen – immer wieder auch gerade in Menschenrechtsfragen das Regime adressiert, trotzdem kommt es zu einer Situation wie dieser, dass Menschen, die um ihre fundamentalen Rechte kämpfen, brutal niedergeschlagen werden. Also, ich glaube, das wird die Zukunft zeigen, aber dennoch ist es wichtig, und ich glaube, das muss man an dieser Stelle auch sagen, es ist wichtig, sich zu solidarisieren und für die Einhaltung der Menschenrechte zu kämpfen – auch hierzulande. Denn am Ende des Tages ist es so, ein Protest hält sich natürlich auch dann, wenn man deutlich machen kann, ihr seid nicht alleine, ihr werdet gehört.

Schulz: Ja, aber die Antwort jetzt auf diese gewalttätige Niederschlagung der Proteste, das sind 16 Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen. Eine deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die ja auch die feministische Außenpolitik ausbuchstabieren will, muss die da an dieser Stelle jetzt nicht lauter sein?

Amtsberg: Ich nehme Annalena Baerbock als Treiberin der Bemühungen um weitere Sanktionen wahr, das ist von Anfang an deutsches Betreiben gewesen. Und wir sind auch optimistisch, dass das im Kreise der Partnerinnen und Partner in der EU auch beschlossen werden kann in der kommenden Woche. Annalena Baerbock hat zügig sich solidarisiert mit den Protesten im Iran, hat auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrungen, hat den Botschafter zweimal einbestellt, dort auch noch mal die Forderungen der Bundesregierung untermalt und deutlich gemacht, dass es nicht akzeptabel ist, diese Proteste gewaltsam niederzuschlagen. Und ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass wir jetzt vor allen Dingen die Aufmerksamkeit aufrechterhalten in den kommenden Tagen und Wochen, auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit vielleicht auch wieder verschwindet, dass wir da dranbleiben. Und auch Sanktionen sind ja nicht ein einmaliges Instrument, sondern können jederzeit auf Personen und Institutio-

nen ausgeweitet werden. Gleichzeitig ist es auch wichtig, auch hier setzt sich die Bundesregierung, wie ich finde, zu Recht ein, in den Gremien der Vereinten Nationen auch international Irans Verstöße gegen Menschen- und Frauenrechte zu verurteilen. Das tun wir im Rahmen des Menschenrechtsrats, aber auch der Vereinten Nationen generell. Das sind natürlich die Mittel, die wir als Bundesrepublik jetzt hier bedienen können und auch bedienen, das werden wir auch weiter tun.

Schulz: Wobei Annalena Baerbock ja selbst getwittert hat, es sei schwer zu ertragen, dass unsere außenpolitischen Möglichkeiten begrenzt sind. Für so wichtige Handelspartner, wie Deutschland und die EU es ja nach wie vor sind, würde da nicht mehr gehen?

Amtsberg: Das ist vielleicht auch mal wichtig, an der Stelle zu sagen, die europäisch-iranische Handelsbeziehung ist auf einem Rekordtief und nur noch einen Bruchteil so groß wie zu der Zeit, als die EU-Wirtschaftssanktionen in Kraft waren.

Schulz: Ja, aber zuletzt wieder gewachsen, und Deutschland hat da auch die Nase vorn.

Amtsberg: Das ist richtig, Deutschland hat, glaube ich, ein Drittel der EU-Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran, trotzdem sind sie um etwa 50 Prozent zurückgegangen. Ich will nur damit sagen, da betrifft vor allem der größte Anteil die humanitären Güter, Lebensmittel, Medikamente, Medizinprodukte, ich will nur damit sagen, ich habe große Zweifel, dass das der Weg ist, Druck auszuüben, der so nachhaltig ist, dass das Regime, das ja noch eine ganz andere Motivation hat, es kämpft quasi um seinen eigenen Erhalt, sich davon beeindrucken lässt.

Schulz: Ich würde Sie gerne noch mit einer anderen Forderung konfrontieren, meine Kollegin Stefanie Rhode konnte mit der iranischen Menschenrechtsaktivistin, mit der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi sprechen. Die hat ihre Erwartungen an die deutsche Bundesregierung so formuliert.

O-Ton Shirin Ebadi: Ich habe die Erwartung, dass die deutsche Regierung aus Protest gegen die Niederschlagung der Protestierenden in Iran den deutschen Botschafter aus Iran abberuft und die politischen Beziehungen mit dem Iran von einem Botschaftsstatus auf einen Konsulatsstatus herunterstuft.

Schulz: Wird die Bundesregierung dieses Zeichen setzen, dass da Shirin Ebadi einfordert?

Amtsberg: Ich finde, da muss man ernsthaft drüber diskutieren, was das in der Konsequenz bedeuten soll. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen und ein Abzug des Botschafters aus dem Iran würde viele Konsequenzen haben, nicht zuletzt die, dass wir mit unserer Auslandsvertretung natürlich auch Ansprechpartner, Ort der Zuflucht zum Beispiel auch für afghanische Flüchtlinge, die es ja zuhauf im Iran gibt, sind. Und ich meine, man muss sich immer die Frage stellen, wenn wir die diplomatischen Beziehungen abbrechen, uns aus dem Land zurückziehen, wird zum einen die Informationslage dünner, die ja jetzt schon sehr, sehr schlecht ist. Aber als Menschenrechtsbeauftragte, das kann ich, glaube ich, auch deutlich sagen, hat es bisher nie dazu geführt, dass die Menschenrechte gewahrt oder eingehalten wurden, wenn man sich zurückgezogen hat. Ich finde aber trotzdem, dass es wichtig ist, weiterhin darüber zu diskutieren, welche Möglichkeiten des Drucks man hat. Und wir haben immer wieder natürlich auch im Gespräch mit der iranischen Regierung deutlich gemacht, diese Form, dass sich Iran als Teil der internationalen Gemeinschaft begreift, aber Menschenrechte nicht einhält oder viel schlimmer noch, eklatant verletzt, das muss Konsequenzen haben auf internationaler Ebene. Dafür werden wir uns auch weiter einsetzen, wo wir können, mit unseren Partnern in den Vereinten Nationen. Aber ein Zurückziehen aus den diplomatischen Beziehungen hat eben auch Konsequenzen, das muss man dann auch zu Ende ausbuchstabieren. Als Menschenrechtsbeauftragte habe ich zumindest bisher kein Beispiel gesehen, wo das geholfen hat, die Menschenrechtssituation vor Ort zu verbessern.

Schulz: Genau, dieses wo sie können, würde ich gerne noch an einem anderen Beispiel ausbuchstabieren, die Atom-Verhandlungen. Können die jetzt so weiterlaufen wie bisher, ist Teheran da in dieser Runde ein Gesprächspartner, dem man genauso begegnen kann wie bisher?

Amtsberg: Na ja, im Lichte dieser derzeitigen Aktivitäten gibt es natürlich keine Bestrebungen, die Verhandlungen weiterzuführen, es laufen derzeit keine aktiven Verhandlungen, das ist, glaube ich, auch wichtig, das noch einmal deutlich zu machen. Aber auch hier sage ich ganz klar: Es ist natürlich das Bemühen um die Wiederherstellung der Nuklearvereinbarung, die hat ja auch einen harten, menschenrechtspolitischen Kern, denn wem wird es helfen, wenn an der Stelle wir als Konsequenz haben, dass der Iran an Atomwaffen kommt und damit auch ein bisschen zu einem Wettrüsten in der Golfregion beiträgt, und gleichzeitig ein Regime, das so eklatant Menschenrechtsverletzungen betreibt, in dieser Machtposition ist. Auch hier würde ich immer darum werben, das bis zum Ende durchzudenken und sich zu

überlegen, was das in der Konsequenz bedeutet. Aber es ist natürlich auch trotzdem so in der jetzigen Situation - weil die Sorgen kann ich natürlich auch verstehen – dass, wenn es zu Verhandlungen kommt, das jetzt auch genutzt wird, um sich wieder Freiräume zu verschaffen als iranische Regierung. Das ist natürlich ein Umstand, der so nicht passieren darf. Derzeit laufen keine Verhandlungen, deshalb stellt sich die Frage nicht, ganz grundsätzlich ist mir als Menschenrechtsbeauftragte aber daran gelegen, dass der Iran nicht an Atomwaffen kommt und wir damit auch ein Stück weit zur Sicherheit in der Region beitragen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.